



von Helmut Markwort

Was den Chef der Sachsen nichts angeht und warum ein Kanzler ins Parlament sollte

Montag

Heute ist Rosenmontag, eigentlich ein Datum der guten Laune. Tatsächlich müssen wir uns ärgern. Michael Kretschmer, der Ministerpräsident von Sachsen, hat vielen im Lande die Stimmung verhägelt. Nach seiner Meinung kommt für die Deutschen ein Osterurlaub nicht infrage. Diese pessimistische Unkelei ist auf jeden Fall voreilig. Ostern ist in sieben Wochen, in den ersten Tagen des April. Bis dahin kann sich viel ändern. Auch zum Guten.

Die sinkenden Infektionszahlen sollten Anlass zu Hoffnung sein und nicht zu Schwarzseherei. Offenbar hat sich Kretschmer von mäßigen Zahlen in seinem Heimatland Sachsen verleiten lassen.

Wenn er über die Landesgrenzen hinausblickt, kann er feststellen, dass in 73 Landkreisen – Stand heute – die 7-Tage-Inzidenz bereits unter 35 liegt. 35 ist die neue Lockerungsziffer der Kanzlerrunde, nachdem uns viele Monate lang die 50 als gewünschte Öffnungszahl vorgehalten wurde.

Die Bewohner der Landkreise und auch Städte wie Schweinfurt, Bielefeld und Rostock mit den erfreulichen Zahlen



Osterverderber

Sieben Wochen vor dem Fest unkt Michael Kretschmer aus Sachsen, der Osterurlaub könne ausfallen

haben zu Recht Ansprüche auf die Wiederherstellung ihrer persönlichen Freiheiten. Die zuständigen Landräte und Bürgermeister müssen entscheiden können, ob Restaurants, Museen und Theater wieder Besucher einlassen dürfen. Und welche hygienischen Regeln zu beachten sind.

Die Menschen dort werden auch selbst verantwortungsvoll überlegen, wie sie mit ihren Urlaubstagen umgehen.

Den Ministerpräsidenten in Dresden geht das nichts an. Michael Kretschmer muss sich damit abfinden, dass in seinem Land kein einziger Kreis die ersehnte 35 unterschritten hat.

Dienstag

Die Kandidaten-Rivalen Armin Laschet und Markus Söder haben noch ein gemeinsames Problem zu lösen. Sie müssen überlegen, ob sie für die Bundestagswahl am 26. September kandidieren wollen.

Bisher haben die Corona-Hindernisse ihnen die Entscheidung abgenommen. Weder die CDU in Nordrhein-Westfalen noch die bayerische CSU haben bis jetzt ihre Listen für die Wahl aufstellen können.

Laschet und Söder werden gemeinsam darauf achten, dass die Parteien ihre Listenreihenfolge erst wählen, wenn sie sich auf den Kanzlerkandidaten geeinigt haben.

Ob Laschet oder Söder: Mehrere Gründe sprechen dafür, dass der Kandidat antritt. Wer Wahlkampf macht, muss auch gewählt werden können. Zwar könnte Laschet nur in Nordrhein-Westfalen angekreuzt werden und Söder nur in Bayern,



Macht und Geld Laschet und Söder müssen auf die Liste, wenn sie Kanzler werden wollen

aber beide müssten im ganzen Land für ihre Bewerbung trommeln.

Für einen Sitz im Bundestag spricht auch die innerparteiliche Machtfrage. Der Bundeskanzler muss nicht Mitglied des Parlaments sein, aber er hat mehr Einfluss, wenn er auch zur Fraktion gehört. Kurt Georg Kiesinger (1966–69) war der einzige Kanzler ohne Mandat. Die Versammlung der Abgeordneten einer Regierungspartei kann den Kanzler stützen oder stören. Er sollte mittendrin sein.

Der dritte Grund für die Kandidatur ist das Geld. Ohne Mandat hat der Kanzler weniger Einnahmen.

Laut Bundesministergesetz steht dem Kanzler oder der Kanzlerin aktuell ein Jahresgehalt von 295 000 Euro zu. Angela Merkel, die auch Abgeordnete ist, erhält zusätzlich die Hälfte einer Abgeordnetenentschädigung. Das sind etwas mehr als 5000 Euro im Monat. Dazu kommt die Kostenpauschale für Abgeordnete (etwa 3300 Euro). Die ist steuerfrei. Laschet und Söder kennen diese Zahlen.

FOCUS-Gründungschefredakteur Helmut Markwort ist seit 2018 FDP-Abgeordneter im Bayerischen Landtag.